

Förderrichtlinie

„Vertiefende Untersuchung bei der Beratung von Kommunen in Fragen der Haushaltspolitik“

1. Vorbemerkung

Eine solide Finanzpolitik mit ausgeglichenen Haushalten und geringem Schuldenstand ist eine für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen wichtige Voraussetzung. Neben direkten finanziellen Maßnahmen stellt die Beratung der Kommunen für die Hessische Landesregierung ein wichtiges Element dar.

Grundlage einer jeden erfolgreichen Beratung ist eine umfassende Analyse. Daher bietet die Hessische Landesregierung den Kommunen bereits seit dem Jahr 2015 entsprechend hochwertige Beratungsleistungen an.

Alle hessischen Kommunen können eine Beratung durch die „Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstelle – Partner der Kommunen“ im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport unter Beteiligung des Landesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung in Anspruch nehmen.

Nicht jeder Sachverhalt und nicht jede Problemlage mit haushaltswirtschaftlicher Relevanz in einer beratenen Kommune kann aber in dem zeitlich begrenzten Rahmen einer Beratungsanalyse aufgeklärt werden.

In solchen Fällen kann eine Anteilsfinanzierung zu den Aufwendungen für eine externe Beratung erfolgen.

2. Fördervoraussetzungen und Antragsverfahren

Die antragstellende Kommune hat eine Beratung durch die „Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstelle – Partner der Kommunen“ erhalten.

Im Rahmen der Analyse und des Beratungsgesprächs ist ein Sachverhalt oder ein Problem in einem Bereich der Kommune zu Tage getreten, der negative Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft der Kommune hat. Dieser Sachverhalt kann in der für die Haushaltsanalyse zur Verfügung stehenden Zeit nicht hinreichend analysiert und aufgeklärt werden.

Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen können auf Antrag der Kommune durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport Fördermittel als Zuschuss zu den jeweiligen externen Untersuchungskosten gewährt werden.

Die Förderung erfolgt als Anteilsfinanzierung mit einer Regelförderung in Höhe von 50 Prozent zu den externen Beratungskosten. Bei besonderer Bedeutung und Modellhaftigkeit des Untersuchungsprojektes kann eine höhere, bei eingeschränkter Bedeutung und Modellhaftigkeit kann eine geringere Förderung als die Regelförderung gewährt werden. Bei der Berechnung der Zuwendung werden die Beratungskosten mit maximal 100.000,- Euro inklusive der gültigen Umsatzsteuer berücksichtigt.

Der Förderantrag ist formlos unter Beifügung eines Angebotes eines externen Beraters an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, Referat „Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstelle – Partner der Kommunen“, zu richten.

3. Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörde ist das Hessische Ministerium des Innern und für Sport.

Die eingegangenen Förderanträge werden nach Maßgabe der im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen und unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände bewilligt, sofern die Anerkennungskriterien erfüllt sind.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

4. Auszahlung

Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Vorlage des Untersuchungsberichtes und Prüfung des Verwendungsnachweises.

5. Verwendungsnachweis

Die zweckentsprechende Verwendung der Zuweisung sowie die Erfüllung der Anerkennungskriterien sind dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport in einem Abschlussbericht unter Hinzufügung des Untersuchungsberichtes bzw. Gutachtens des externen Beraters zu bestätigen. Der Abschlussbericht soll auch Aussagen zu den weiteren Schritten der Kommunen in dem untersuchten Bereich enthalten.

6. Bekanntmachung und Inkrafttreten

Die Förderrichtlinie wird den Kommunen mit der Veröffentlichung auf der Internetseite des Innenministeriums (www.hmdis.hessen.de) bekanntgegeben.

Sie tritt am 01.12.2023 in Kraft.

Die Förderrichtlinie tritt am 30.11.2028 außer Kraft.

Wiesbaden, den 19. November 2023

Peter Beuth

Staatsminister